



Themen

Seite 1

Kräfte bündeln gegen Wohnungsnot

Seite 3

Vereinbarung zur Ganztagschule

Seite 4

Demografischer Wandel in Stadt und Land

Seite 5

Wirtschaftsfreundliche Gemeinde

Seite 6

LEP vorsichtig verändern

Kräfte bündeln gegen Wohnungsnot

Auf Kommunen und kommunalen Wohnungsbaunternehmen lastet ein enormer Druck: Sie sollen ausreichend und für alle sozialen Schichten bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen. In vielen bayerischen Städten übersteigt die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum das Angebot um ein Vielfaches.

Diese Situation spitzt sich zu, sobald anerkannte Asylbewerber und Flüchtlinge die staatlichen Unterkünfte verlassen müssen und zur eigenständigen Wohnraumsuche berechtigt sind. Allein schon der Wohnungsbedarf von anerkannten Flüchtlingen übersteigt bereits jetzt das Angebot deutlich.

Das Bayerische Sozialministerium geht davon aus, dass sich nur aus dieser Nachfragegruppe ein zusätzlicher Bedarf von etwa 5000 Wohnheiten pro Jahr ergibt. Mit der Zielvorgabe im Doppelhaushalt 2015/2016, jährlich 4000 Wohnungen im geförderten Wohnungsbau zu errichten, ließe sich nicht einmal die Nachfrage dieser Gruppe erfüllen.

Es ist deshalb richtig und wichtig, dass die Staatsregierung neue Wohnungen für Flüchtlinge schaffen möchte. Das Kabinett hat am 14. April 2015 eine Wohnungsbauintiative für Flüchtlinge auf den Weg gebracht.

In Gegenden, in denen Leerstand herrscht, kann nach Einschätzung des Bayerischen Ministerrats der Gebäudeerhalt bezuschusst werden. Frei werdende Militärliegenschaften könne der Freistaat vom Bund zur Wohnraumschaffung für anerkannte Flüchtlinge und Asylbewerber erwerben. Wohnungsneubau solle durch Bezugsschaltung von Investoren angekurbelt werden. Dem Vernehmen nach hat die Staatsregierung einen

Impressum

Büro: Prannerstraße 7, 80333 München

Post: Postfach 100254, 80076 München

Telefon: 089 290087-0

E-Mail: post@bay-staedtetag.de

Website: www.bay-staedtetag.de

Verantwortlich für den Inhalt:

Geäftsführendes Vorstandsmitglied Bernd Buckenhofer

Redaktion: Dr. Achim Sing

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier



Instrumentenkasten mit weiteren Maßnahmen entwickelt.

Der Mangel an preiswertem Wohnraum ist nicht neu. Dieses Problem hat bereits bestanden, als sich die Kommunen noch nicht mit hohen Flüchtlingszahlen konfrontiert sahen. Es geht nicht allein um die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum ist zu gering. Vor allem Städte brauchen mehr preiswerten Wohnraum. Es darf nicht zur Konkurrenz zwischen sozialbedürftigen Familien, Alleinerziehenden, Rentnerinnen und Rentnern sowie anerkannten Flüchtlingen und Asylbewerbern kommen.

Preiswerter Wohnraum wird nach Ansicht des Bayerischen Städtetags in ausreichender Zahl geschaffen werden können, wenn die Kräfte von Bund, Freistaat und Kommunen in einem Förderpooling gebündelt werden und wenn der Wohnungsbestand mit Belegungsrechten mit einbezogen wird.

Bund, Freistaat und Kommunen stehen gemeinsam in der Pflicht. Zinsvergünstigungen schaffen beim derzeit niedrigen Zinsniveau nicht den notwendigen Anreiz, in den sozialen Wohnungsbau zu investieren. Der Bund kann mit einer Wiedereinführung der degressiven Abschreibung im Mietwohnungsbau zur Mobilisierung privaten Kapitals einen Beitrag leisten.

Der Freistaat muss mit einer Verknüpfung von Wohnraumförderung und Städtebauförderung zur gezielten Aufwertung der nachverdichteten Gegenden beitragen. Dazu müssen deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, als im Doppelhaushalt 2015/2016 veranschlagt sind. Städte und Gemeinden können ihren Einsatz intensivieren, indem sie Bauland zur Verfügung stellen.

Bund und Land stehen wegen der sozialpolitischen Bedeutung der Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum in der Verantwortung. Dies gilt auch nach dem Übergang der Zuständigkeiten auf die Länder im Zuge der Föderalismusreform.

Auch die kommunale Ebene steht in der Verantwortung. Städte und Gemeinden sind bereits aktiv und ergänzen staatliche Förderprogramme mit eigenen Mitteln: etwa das München Modell für Käufer und für Mieter; das Modell der Sozialgerechten Bodennutzung in München, Nürnberg oder Erding; das städtische Förderprogramm „100 Häuser für 100 Familien“ in Nürnberg; oder vergünstigte Baulandveräußerungen im Rahmen von Familien- und Einheimischenmodellen.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

Informationsbrief elektronisch

Sie können den **INFORMATIONSBRIEF** auch elektronisch beziehen: Unter www.bay-staedtetag.de gehen Sie rechts auf der Startseite auf das blau unterlegte Feld „**Elektronischer Abodienst**“ und klicken „**Informationsbrief und PR-Mitteilungen**“ an, um sich anzumelden

Vereinbarung zur Ganztagschule

Ein wichtiger Schritt zur Verbesserung des Ganztagsangebots

Am 24. März 2015 konnten die vier kommunalen Spitzenverbände nach schwierigen Verhandlungen mit der Bayerischen Staatsregierung einen guten Kompromiss für die offene Ganztagsgrundschule erzielen.

Die Vereinbarung zur Umsetzung der Ganztagsplatzgarantie des Bayerischen Ministerpräsidenten enthält aus Sicht der Kommunen viele positive Neuerungen:

Die bisher unterschiedlichen Formen der Halbtagschule mit Mittagsbetreuung, verlängerter Mittagsbetreuung oder Nachmittagsbetreuung können zu einem schulischen Angebot vereinheitlicht werden.

Kultusministerium und Sozialministerium überwinden erstmals ihre Zuständigkeitsgrenzen und Fördergrenzen, um ein gemeinsames Angebot von Schule und Jugendhilfe zu schaffen, auch für die Randzeiten an allen Schultagen bis 18 Uhr und in den Ferien (sogenannte integrierte Gruppen).

Schule und Jugendhilfe übernehmen erstmals gemeinsam Planungsverantwortung auch für die Rand- und Ferienzeiten.

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, erklärte zum Abschluss der Verhandlungen mit Vertretern aus dem Kultusministerium, dem Sozialministerium und den kommunalen Spitzenverbänden: „Mit der Vereinbarung ebnet sich der Weg für eine neue Kooperationskultur zwischen Kultus- und Sozialministerium sowie zwischen Schule und Jugendhilfe. Insbesondere die erforderliche gemeinsame Bedarfsplanung ermöglicht künftig eine beispielhafte Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe. Die Kommunen würdigen auch, dass der Freistaat nun zu einem deutlich höheren Mitteleinsatz bereit ist. Nun ist die Tür geöffnet und weitere Schritte auch für die

gebundenen Angebote und die Jahrgangsstufen 5 bis 8 müssen folgen, damit Kinder und Eltern die Ganztagsangebote erhalten, die sie brauchen.“

Bedarf für die Weiterentwicklung besteht unter anderem darin, dass ein schneller quantitativer Ausbau erforderlich ist. Im Schuljahr 2015/16 startet der Ausbau mit 300 Gruppen, in den Jahren danach mit jeweils 1.000 Gruppen.

Die neuen integrierten Gruppen sind zunächst nur für die offene Ganztagschule an Grundschulen vorgesehen. Bedarf besteht aber auch an gebundenen Ganztagschulen und an offenen Ganztagschulen nach dem Grundschulalter für die Jahrgangsstufen 5 bis 8 - dies umfasst auch Mittelschulen, Realschulen und Gymnasien (da der Ministerpräsident seine Ganztagsplatzgarantie für Schüler bis 14 Jahre ausgesprochen hat).

Darüber hinaus müssen in der eigens eingesetzten staatlich-kommunalen Arbeitsgruppe schnell gemeinsame Eckpunkte für die gemeinsame Planung von Jugendhilfe und Schule und den förderfähigen Raumbedarf erarbeitet und administrative Fragen zur Organisation der Mittagsverpflegung geklärt werden.

Kontakt: manfred.riederle@bay-staedtetag.de

BAYERISCHER STÄDTETAG 2015 in Passau

Demografischer Wandel in Stadt und Land

Der BAYERISCHE STÄDTETAG 2015 befasst sich am 22. und 23. Juli 2015 in Passau mit den Auswirkungen der demografischen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen auf die kommunale Aufgabenerfüllung. In einem Tagungspapier thematisiert der Städtetag die kleinräumig sehr unterschiedlichen Entwicklungen in Bayern, das Nebeneinander von Wachsen und Schrumpfen. Der BAYERISCHE STÄDTETAG 2015 steht unter dem Motto: „Gesund schrumpfen - über sich hinauswachsen. Demografischer Wandel in Stadt und Land“.

Die Kurzformel „weniger, älter, bunter“ trifft die vielschichtigen Entwicklungen des demografischen Wandels nicht vollständig und beleuchtet nur eine Facette des Problems. Eine Umfrage bei den Mitgliedern des Bayerischen Städtetags hat gezeigt, dass alle Städte und Gemeinden vom demografischen Wandel betroffen sind, egal ob die Bevölkerung abnimmt oder zunimmt.

Demografische und flankierende gesellschaftliche Entwicklungen wirken sich auf die Aufgabenerledigung in allen kommunalen Bereichen aus. Sie stellen die kommunale Aufgabenerfüllung und die Stadtentwicklung vor Herausforderungen. Es geht um die Aufrechterhaltung der kommunalen Infrastruktur.

Während in wachsenden Städten und Gemeinden eine Überlastung der Infrastruktur droht, macht kleiner werdenden Städten und Gemeinden eine Unterauslastung der kommunalen Infrastruktur zu schaffen. Die Überfüllung in den Verdichtungsräumen engt die Städte in ihrer räumlichen Entwicklung ein. Für die Ausweitung notwendiger Verkehrsinfrastruktur, Einrichtungen der Daseinsvorsorge, Bildungseinrichtungen, Wohnraum oder Gewerbe fehlt Platz. Spiegelbildlich leiden kleiner werdende Städte und Gemeinden unter einer Entleerung des Raums.

Städte und Gemeinden leisten Vieles, um demografische Veränderungen gut zu meistern. Sie begreifen die Bewältigung der Herausforderungen des demografischen und gesellschaftlichen Wandels als Pflichtaufgabe. Dabei benötigen sie Unterstützung vom Freistaat.

Die Staatsregierung leistet wichtige Unterstützung der Städte und Gemeinden. In einer umfassenden Ausarbeitung haben die bayerischen Staatsministerien auf Anfrage des Bayerischen Städtetags aktuelle demografierelevante Unterstützungsangebote des Freistaats zusammengestellt. Diese Zusammenstellung bietet den Städten und Gemeinden eine wichtige Orientierung und Unterstützung in der täglichen Arbeit.

Der Bayerische Städtetag hat die von der Staatskanzlei koordinierte Übersicht per Chefinfo vom 3. März 2015 an seine Mitglieder verteilt. Im Internetangebot (www.bay-staedtetag.de) ist die Zusammenstellung unter der Rubrik Chefinfo des Bayerischen Städtetags abrufbar.

Der Bayerische Städtetag erkennt die Aktivitäten der Staatsregierung an. Die Staatszielbestimmung in der Bayerischen Verfassung zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen ist zu Recht Maxime staatlichen Handelns. Diese Maxime drängt aber dazu, auch Wachstumsprobleme unter der Überschrift des demografischen Wandels zu behandeln und Heimat nicht auf die ländlichen Räume zu beschränken. Auch Städte sind Heimat für ihre Bürgerinnen und Bürger.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

Bayerischer Städtetag für Fortsetzung des Qualitätspreises

Auszeichnung von wirtschaftsfreundlichen Gemeinden

Zum letzten Mal erhielten am 17. März 2015 drei Städte und Gemeinden und eine Gemeindekooperation den Staatspreis für wirtschaftsfreundliche Gemeinden. Die Staatsregierung hatte zuvor entschieden, den Bayerischen Qualitätspreis für innovative Unternehmen insgesamt und damit auch die Preiskategorie für die wirtschaftsfreundlichen Gemeinden einzustellen. Der Bayerische Städtetag hat für eine Fortführung des Preises plädiert.

Als besonders wirtschaftsfreundlich ausgezeichnet wurde die Stadt Deggendorf insbesondere für ihre aktive Unterstützung von Firmenan-siedlungen, die Förderung der Elektromobilität und den Ausbau des Breitbandinternets. Für preiswürdig gilt laut Jury in der Gemeinde Rednitzhembach (Landkreis Roth) die Schaffung einer funktionsfähigen Infrastruktur, vor allem die Sanierung der Ortsstraßen ohne Belastung der Anlieger.

Der Markt Schierling (Landkreis Regensburg) wurde prämiert für einen Standort mit breitem Branchenmix, konsequenter Öffentlichkeitsarbeit und professionellem Beschwerdemanagement.

Den Sonderpreis für wirtschaftsfreundliche und innovative Kooperationsprojekte mit Modellcharakter erhielt die WestAllianz München, ein Zusammenschluss der Gemeinde Karlsfeld mit weiteren fünf Gemeinden in der Metropolregion München, für die interkommunale Zusammenarbeit insbesondere bei Gewerbevlächen, einer Kulturplattform und gemeinsamen Schulprojekten.

Die Staatsregierung (Wirtschaftsministerium und Innenministerium) verleiht den Qualitätspreis seit dem Jahr 1993 an innovative Unternehmen, seit 1998 wird auch einmal jährlich ein Preis für wirtschaftsfreundliche Gemeinden verliehen, seit 2013 zudem ein Sonderpreis für interkommuna-

le Kooperationen. Insgesamt gab es bisher 58 Preisträger.

Der Preis hat sich als markantes Siegel der Wirtschaftsfreundlichkeit und als wichtiges Merkmal für Standortssicherheit und Wirtschaftserfolg bewährt. Der Preis wurde daher von den Städten und Gemeinden gern entgegen genommen und zur Standortwerbung genutzt.

Das Wirtschaftsministerium und das Innenministerium haben die Beendigung des Qualitätspreises verfügt, weil der Preis nach ihrer Ansicht seine Aufgabe im Wesentlichen erfüllt habe. Weitere Gründe sind dem Vernehmen nach der hohe bürokratische Aufwand und die relativ hohen Kosten, weil der Preis gegen Entgelt durch ein Institut der Technischen Universität München organisatorisch durchgeführt wurde. Außerdem ging in den letzten Jahren die Zahl der Bewerber erheblich zurück, wohl auch wegen des großen Bewerbungsaufwands.

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags hatte für eine Fortführung des Preises weiterhin in staatlicher Trägerschaft, aber mit weniger Aufwand und geringeren Kosten plädiert.

Nur für Insider war beim letzten Preisverleihungs-akt erkennbar, dass der Preis nicht mehr fortgesetzt werden soll. In keiner Rede wurde darauf eingegangen. Trotz einer gemeinsamen Initiative von Bayerischem Städtetag, Bayerischem Gemeindetag und den Wirtschaftskammern gibt es derzeit keine Signale zu einer möglichen Fortführung des Preises in abgewandelter Form.

Kontakt: thomas.kostenbader@bay-staedtetag.de

Maly zur Diskussion um das Landesentwicklungsprogramm

Jede Änderung des LEP muss vorsichtig geschehen

„Bayern braucht in der Landesentwicklung überfachlichen Planungswillen und überörtlichen Gestaltungswillen. Die Herausforderungen lassen sich mit einer gut geplanten Infrastrukturpolitik meistern,“ sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnberg's Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly.

Dass Flexibilität dem Land als Ganzem nicht zwangsläufig nutzt, zeigt sich beim Anbindegebot: Das Anbindegebot gibt Städten und Gemeinden vor, dass neue Siedlungen und Gewerbegebiete in Anbindung an bestehende Siedlungsflächen auszuweisen sind. Dies sorgt für kompakte und effiziente Strukturen. Dies sorgt für die Erhaltung eines intakten Naturerbes. Bereits jetzt sieht das Anbindegebot funktionierende Ausnahmen vor, wo dies für eine nachhaltige Entwicklung notwendig erscheint. Die Staatsregierung will nun das Anbindegebot ein weiteres Mal für Gewerbe an Ausfahrten von Autobahnen, vierspurigen Straßen sowie für Tourismus- und Freizeitgroßprojekte lockern.

Maly sagt zu den Vorstellungen von Heimatminister Söder: „Die erweiterten Ausnahmen für Gewerbegebiete helfen keineswegs allen Gemeinden. Sie begünstigen nur wenige Gemeinden, die unmittelbar an Autobahnausfahrten gelegen sind, bringen aber keinen Impuls für die Entwicklung einer Region im Gesamten. Es können damit sogar Verschlechterungen eintreten, wenn interkommunale Konkurrenz um Investoren zum Verdrängungswettbewerb führt. Dies geht zu Lasten gewachsener Orte, die nicht an der Autobahn liegen.“ Wenn sich Gewerbe an der Autobahnausfahrt ansiedelt, folgt der Einzelhandel mit Filialen und Discountern. Maly: „Damit werden den Bäckern, Metzgern und Läden in Ortskernen Kunden abgejagt. Handwerksbetriebe schließen, Läden machen dicht, Ortskerne verlieren Leben, Städte und Gemeinden verlieren ihr Gesicht. Und wer hat das Nachsehen? Menschen ohne Auto oder Senioren, die nicht

mehr in Wohnungsnahe mit Einkaufstasche einzukaufen können.“

Die Landesplanung sieht bereits jetzt Instrumente vor, auf die Besonderheiten vor Ort einzugehen. Das Zielabweichungsverfahren ermöglicht es den Städten und Gemeinden, in begründeten Einzelfällen eine Entscheidung des Heimatministeriums als oberste Landesplanungsbehörde herbeizuführen. Maly: „Es ist für die geordnete Entwicklung des Freistaats wichtig, dass Abweichungen von Zielvorgaben zentral vom Heimatministerium geprüft und entschieden werden. Der Heimatminister geht einen richtigen Weg, das Verfahren für strukturschwache Räume zu beschleunigen und zu erleichtern. Damit können besondere Verhältnisse und Bedarfe vor Ort schnell berücksichtigt werden.“

„Ein gestaltungsfreudiger Heimatminister braucht Mut zur Planung. Flexibilität, Dezentralität und Regionalität sind wichtig, die Staatsregierung darf darüber aber nicht den Mut zur Planung verlieren. Die über Jahrzehnte währende positive Entwicklung Bayerns beruht auf einem klugen Konzept der Landesplanung, das seit den 1970er-Jahren in Bayern verfolgt worden ist. Jede Änderung des Landesentwicklungsprogramms muss vorsichtig geschehen. Nicht alles, was unter dem Motto Auflockerung und Flexibilität auf den ersten Blick bestechend erscheint, wirkt sich auf mittlere und lange Sicht positiv für unser Land aus,“ sagt Maly. Heute entwickelt sich Bayern unter den Vorzeichen der Globalisierung. Städte und Gemeinden stehen im internationalen Wettbewerb. Die Energiewende stellt Herausforderungen, nicht zuletzt mit Folgen für die Kulturlandschaft. Landesentwicklung steht unter den Vorgaben, die demografische Entwicklung zu steuern, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, einen Ausgleich zwischen schrumpfenden und wachsenden Regionen zu meistern.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

„Zukunftsstadt“ Erlangen

Wie sieht die Stadt von morgen aus? Diese Frage stellt der Wettbewerb „Zukunftsstadt“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Wissenschaftsjahr 2015. Mit dem Projekt „STADTVERWANDLUNGEN – die Erlanger Stadtgesellschaft gestaltet Zukunftsräume“ gehört Erlangen zu 52 geförderten Kommunen, die gemeinsam mit Bürgern, Wissenschaft, lokaler Politik, Wirtschaft und Verwaltung eine ganzheitliche und nachhaltige Vision 2030+ für ihre Kommune entwickeln wollen.

Siemens-Campus, Neustrukturierung der Universität und Stadt-Umland-Bahn (StUB) sind einige Schlagworte für die Veränderungen der Stadt. Entlang der StUB-Trasse sollen im ganzen Stadtgebiet neue oder aufgewertete Räume entstehen. Zugleich werden sich die starken Pole im Norden (Altstadt, Universität, Klinikum) und im Süden (Siemens- Campus, Universitäts-Südgelände) wandeln.

1,75 Millionen Euro stellt das Bundesbildungsministerium insgesamt bereit. In der zweiten Phase ab 2016 prüfen bis zu 20 ausgewählte Kommunen diese Vorstellungen wissenschaftlich und erarbeiten ein umsetzungsreifes Konzept. In der dritten Phase ab 2018 werden schließlich bis zu acht ausgewählte Kommunen erste innovative Ideen in so genannten „Reallaboren“ in die Praxis umsetzen. Neben Erlangen sind die Gewinnerkommunen in Bayern: Bad Hindelang, Freyung, Grafing und der Landkreis Rottal Inn.

Persönliche Nachrichten

Geburtstage

Im April 2015 feiern

den 80. Geburtstag:
Bürgermeister Dr. Josef Langenbach, Krumbach,

den 65. Geburtstag:
Bürgermeister Rudolf Lehner, Vilsbiburg, **Bürgermeisterin Gertrud Schmidt-Podolsky**, Dachau,

den 60. Geburtstag:
Erster Bürgermeister Heinz Meyer, Burgthann, **Bürgermeisterin Gaby Weikmann-Kristen**, Illertissen, **Bürgermeister Josef Weiß**, Regen,

den 50. Geburtstag:
Oberbürgermeister Thomas Thumann, Neumarkt i. d. Opf., Mitglied im Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder und im Verwaltungs- und Rechtsausschuss des Bayerischen Städtetags, **Bürgermeister Thomas Weingärtner**, Unterföhring, **Bürgermeister Georg Wild**, Altdorf b. Landshut.

Neue Bücher

Allgemeines Verwaltungsrecht

Band 3 der Schriften der BVS, Ersteller Dr. Peter Lehmann, Rechtsanwalt, Gegenreferent Peter Kitzeder, Verwaltungsdirektor, Stand 1.7.2014, 25,00 Euro, Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, Justus-von-Liebig-Straße 1, 86899 Landsberg am Lech, E-Mail: k.kiening@rhenus.de

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Band 4 a der Schriften der BVS, Ersteller Michael Conrad, Verwaltungsdirektor, Gegenreferent Günter Haslbeck, Verwaltungsfachwirt, Stand: 1.9.2014, 18,00 Euro, Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, Justus-von-Liebig-Straße 1, 86899 Landsberg am Lech, E-Mail: k.kiening@rhenus.de

Staatsrecht - Grundgesetz

Band 6 der Schriften der BVS, Ersteller Gerhard Brunner, Jurist, Dr. Frank Höfer, Jurist, Stand 1.8.2014, 20,00 Euro, Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, Justus-von-Liebig-Straße 1, 86899 Landsberg am Lech, E-Mail: k.kiening@rhenus.de

Innere Behördenorganisation und Verwaltungstechnik

Band 16 der Schriften der BVS, Ersteller Gerhard Fritsch, Ludwig Wiedemann, Stand April 2014, 25,00 Euro, Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, Justus-von-Liebig-Straße 1, 86899 Landsberg am Lech, E-Mail: k.kiening@rhenus.de

Abgabenrecht

Band 23 der Schriften der BVS, Ersteller/in Franz Käsbohrer, Dipl.-Finanzwirt, Martin Resch, LL.M. Wirtschaftsjurist, Sigrid Schmitt, Oberrevisionsrätin Bayer. Kommunaler Prüfungsverband, Gegenreferent, Raymund Helfrich, Verwaltungsdirektor, Stand Juli 2014, 24,00 Euro, Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, Justus-von-Liebig-Straße 1, 86899 Landsberg am Lech, E-Mail: k.kiening@rhenus.de

Formelsammlung

Ist ein zugelassenes Hilfsmittel für die Ausbildung und Prüfung bei der BVS, Herausgeber BVS, Stand August 2014, 7. Auflage, 5,00 Euro, Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, Justus-von-Liebig-Straße 1, 86899 Landsberg am Lech, E-Mail: k.kiening@rhenus.de

Erfolgreich präsentieren

Pädagogische Schriften, Heft 2, von Bernd Bak, Stand 2014, 10,00 Euro, Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, Justus-von-Liebig-Straße 1, 86899 Landsberg am Lech, E-Mail: k.kiening@rhenus.de

Abwasserabgabeberecht in Bayern

Von Vogel, Klenner, Heuss, 83. AL 85,84 Euro, 84. AL 89,52 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Abwasserbeseitigung

Technik und Recht von Thimet, Günthert, Praxisreihe des Bayer. Gemeindetags, Band 6, 240 Seiten, ISBN 978-3-8293-1044-4, 49,80 Euro, Kommunal- und Schulverlag GmbH & Co. KG, Konrad-Adenauer-Ring 13, 65187 Wiesbaden

Bayerische Bauordnung

Von Molodovsky, 113. AL, 84,99 Euro, 114. AL 86,99 Euro, 115. AL 78,99 Euro Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Bayerisches Disziplinarrecht

Von Zängl, 40. AL, 67,99 Euro, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Bayerisches Personalvertretungsgesetz

Von Ballerstedt, 144. AL, 100,99 Euro, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Bauordnung- Bauaufsichtlicher Bescheid

Von Molodovsky, Sonder-Al, 39,99 Euro, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Baurecht in Bayern

Von Büchs/Walter, 135. AL 100,20 Euro, 136. AL, 78,40 Euro, 137. AL 78,56 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Baurecht, Bauplanungsrecht

Von Bleicher/Engel/Wecker, 122. AL 108,56 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Beamtenrecht in Bayern

Von Weiß, 186. AL 110,99 Euro, 187. AL 107,99 Euro, 188. AL 108,99 Euro, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Beamtenversorgungsrecht des Bundes und der Länder
Von Stegmüller, 111. AL 83,99 Euro, 112. AL 92,99 Euro, 113. AL 97,99 Euro, 114. AL 111,99 Euro, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Befristete Arbeitsverträge

Von Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Hamann, 2014, 250 Seiten, 27,80 Euro, Das Recht der Wirtschaft, Band 245, ISBN 978-3-415-05302-1, Richard Boorberg Verlag, Scharrstraße 2, 70563 Stuttgart

Bürgerbeteiligung

Führen und Steuern von Beteiligungsprozessen von Dr. Siegfried Mauch, 2014, 224 Seiten, 19,90 Euro, Schriftenreihe der Führungsakademie Baden-Württemberg, ISBN 978-3-415-05179-9, Richard Boorberg Verlag, Scharrstraße 2, 70563 Stuttgart

Bürgermeister und Social Media

Von Scheurer, Reihe Bürgermeisterpraxis, 2014 102 Seiten, 19,80 Euro, ISBN 978-3-8293-1051-2, Kommunal- und Schulverlag GmbH & Co. KG, Konrad-Adenauer-Ring 13, 65187 Wiesbaden

Das Abstandsflächenrecht in Bayern

Von Dr. Franz Dirnberger, Direktor, Bayer. Gemeindetag, 2015, 170 Seiten, 32,80 Euro, ISBN 978-3-415-05419-6, Richard Boorberg Verlag, Scharrstraße 2, 70563 Stuttgart

Die bayerische Popularklage nach Art. 55 BayVfGHG

Von RR Dr. Bernd Flurschütz, 2014, 435 Seiten, 114 Euro, ISBN 978-3-8487-1176-5, Nomos Verlagsgesellschaft, Postfach 10 03 10, 76484 Baden-Baden

Dienstrecht in Bayern I

Komplett ergänzt bis 191. AL- Von Hiebel/Kathke, ISBN 978-3-556-301005, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Dienstrecht in Bayern I

Von Hartinger/Hegemer/Hiebel, 192. AL, 193. AL 91,20 Euro, 194. AL 82,70 Euro, 195. AL 81,96 Euro, 196. AL,

70,98 Euro, 197. AL 84,50 Euro, 198. AL, 86,40 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Eingruppierung und Tätigkeitsmerkmale

Von Breier, 106. AL, 68,99 Euro, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Einheitsaktenplan für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter

Von Stadler, 41. AL, 102,99 Euro, 42. AL 69,99 Euro, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Finanzrecht der Kommunen I

Haushalts- und Wirtschaftsrecht / Kommunaler Finanzausgleich in Bayern, von Schwenk, Frey, 159. AL 64,10 Euro, 160. AL, 74,30 Euro, 161. AL 72,24 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Finanzrecht der Kommunen II

Abgabenrecht in Bayern, von Ecker/Schwenk, 76. AL 90,44 Euro, 77. AL 73,26 Euro, 78. AL 65,10 Euro, 79. AL 93,24 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

Gemeindliches Satzungsrecht und Unternehmensrecht

Von Wuttig, Thimet, 60. AL 93,99 Euro, 61. AL 79,99 Euro, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Gemeinde-, Landkreis- und Bezirksordnung

Von Hözl, 53. AL, 89,99 Euro, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Immobilienvollstreckung

aus Sicht der kommunalen Verwaltungsbehörden, von Hans-Jürgen Glotzbach, Rainer Goldbach, 2014, 314 Seiten, 42,00 Euro, ISBN 978-3-7922-0143-5, Verlag Reckinger, Luisenstraße 100-102, 53721 Siegburg

Jugendhilferecht in Bayern

hrsg. vom Zentrum Bayern Familie und Soziales – Bayer. Landesjugendamt, 46. AL, 1.10.2014, Richard Boorberg Verlag, Scharrstraße 2, 70563 Stuttgart

Termine

- 29.04.2015 **Bezirksversammlung Niederbayern** in Passau
- 30.04.2015 Arbeitskreis **Personal** in München
- 05.05.2015 **Vorstand** in München
- 05.05.2015 **Rechnungsprüfungsausschuss** in München
- 06.05.2015 **Pressekonferenz** in München
- 20./21.05.2015 **Forstausschuss** in Landshut
- 22.05.2015 **Personal- und Organisationsausschuss** in München
- 22.05.2015 **Sozialausschuss** in Nürnberg
- 12.06.2015 **Schulausschuss** in München
- 15.06.2015 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** in Neunburg vorm Wald
- 17.06.2015 Arbeitskreis **Planen und Bauen** in München
- 18.06.2015 **Bezirksversammlung Oberfranken** in Bamberg
- 23.06.2015 **Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in Memmingen
- 24.06.2015 **Bau- und Planungsausschuss** in München
- 29./30.06.2015 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in Volkach
- 02.07.2015 Arbeitskreis **Bestattungswesen** in Regensburg
- 02.07.2015 Arbeitskreis **Finanzen** in München
- 03.07.2015 **Finanzausschuss** in München
- 06.07.2015 Arbeitskreis **Stadtarchive** in Augsburg
- 07.07.2015 Arbeitskreis **Stadtgrün** in Lindau
- 21./22.07.2015 **Vorstand** in Passau
- 22.07.2015 **Pressekonferenz** in Passau (Jahrestagung)
- 22./23.07.2015 **BAYERISCHER STÄDTETAG 2015** in Passau

- 11.08.2015 **Pressekonferenz** in München
- 23.09.2015 Arbeitskreis **Planen und Bauen** in München
- 29.09.2015 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in München
- 07.10.2015 **Bezirksversammlung Schwaben** in Lindenberg i. Allgäu
- 09.10.2015 **Schulausschuss** in Lauf a. d. Pegnitz
- 09.10.2015 Arbeitskreis **Organisation** in Erlangen
- 13.10.2015 **Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in München
- 14.10.2015 **Bau- und Planungsausschuss** in Augsburg
- 15.10.2015 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss**
- 15.10.2015 Arbeitskreis **Finanzen** in München
- 16.10.2015 **Finanzausschuss** in München

abgeschlossen am 16. April 2015

BAYERISCHER STÄDTETAG 2015

am 22. und 23. Juli 2015 in Passau

Gesund schrumpfen - über sich hinauswachsen. Demografischer Wandel in Stadt und Land

Am Mittwoch, **22. Juli**, treffen sich um 13:30 Uhr CSU, SPD und 3. Gruppe zu ihren Besprechungen. Anschließend findet am Nachmittag die interne Vollversammlung statt. Am Abend lädt die Stadt Passau zum Empfang.

Am Donnerstag, **23. Juli**, steht um 9:00 Uhr nach den Grußworten von Bürgermeister **Josef Pellkofer** und Gastgeber Oberbürgermeister **Jürgen Dupper** die Ansprache des Städtetagsvorsitzenden **Dr. Ulrich Maly** zum demografischen Wandel in Stadt und Land und eine Podiumsdiskussion auf dem Programm.